

Annäherung zur Konfrontation

Obama beendet Staatsbesuch in Vietnam mit etlichen Abkommen zur Zusammenarbeit. Washington zielt auf Einkreisung Chinas, Hanoi auf eigene Stärkung

Von Gerhard Feldbauer

Barack Obama hat am Mittwoch seinen dreitägigen Staatsbesuch in der Sozialistischen Republik Vietnam beendet. Der US-Präsident traf mit seinem Amtskollegen Tran Dai Quang, dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei Vietnams (KPV), Nguyen Phu Trong, Premierminister Nguyen Xuan Phuc und der Präsidentin der gerade neugewählten Nationalversammlung, Nguyen Thi Kim Ngan, zusammen. Im Mittelpunkt standen, wie die *Vietnam News Agency* (VNA) berichtete, die weitere bilaterale Zusammenarbeit in Ökonomie und Handel, Wissenschaft und Technologie, Bildung, Umweltschutz, Verkehrsverbindungen und regionale Sicherheitsfragen. Das Volumen des Außenhandels, das 2015 etwa 46 Milliarden US-Dollar betrug, soll rasch ausgebaut werden. Ein großes Potenzial bestehe bei Investitionen von US-Firmen in Vietnam, die dort in diesem Bereich im internationalen Vergleich derzeit nur auf dem siebten Platz liegen. Obama gab die Aufhebung des Waffenembargos bekannt, was Vietnam als »Ausdruck der Normalisierung der bilateralen Beziehungen hoch schätze«. Er betonte, die Maßnahme habe »nichts mit den chinesischen Aktivitäten im Südchinesischen Meer zu tun«.



Gespräch auf Augenhöhe? Obama mit einer Vertreterin der Young Southeast Asian Leaders Initiative am Mittwoch in Hanoi Foto: REUTERS/Carlos Barria

Es wurden Abkommen zu den gemeinsamen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, der Bildung, dem Gesundheitswesen und zur Anwendung von Gesetzen geschlossen. Beide Präsidenten unterzeichneten persönlich einen Vertrag zwischen dem US-amerikanischen Luftfahrt- und Rüstungskonzern Boeing und der Hanoi Fluggesellschaft AirVietJet über den Kauf von 100 zivilen Boeing 737 für 11,3 Milliarden US-Dollar. Obama sagte Hilfe bei der Entgiftung der Flugplätze von Bien Hoa und Da Nang zu, den größten Luftwaffenbasen der USA während des Vietnamkriegs. Sich mit Opfern des Einsatzes des Giftes Agent Orange zu treffen, zu denen 41 Jahre nach dem Ende des Krieges noch in der dritten Generation Zehntausende mit furchtbaren Missbildungen geborene Kinder gehören, lehnte er einem Bericht des Schweizer Fernsehsenders *SRF* zufolge jedoch ab.

VNA berichtete, dass beide Präsidenten als Basis der künftigen Zusammenarbeit, das »Respektieren der Unabhängigkeit, der Souveränität, der territorialen Integrität und der politischen Institutionen« der anderen Seite betrachten.

Nach dem Fall des Waffenembargos werde der Agentur zufolge auch eine militärische Kooperation möglich. Beide Staaten unterstützten eine regionale Ordnung, in der im von Vietnam »Ostmeer« genannten Südchinesischen Meer entsprechend dem internationalen Recht die Freiheit der Schifffahrt, des Luftverkehrs und somit auch des Handels gewährleistet sein müsse. Darüber, ob Hanoi – wie vor dem Obama-Besuch spekuliert worden war – US-Kriegsschiffen die Nutzung eines Hafens gewähren wird, wurde nichts bekannt. Dass dem Pentagon hier ein Stützpunkt überlassen wird, gilt zwar als ausgeschlossen, das Anlaufen und zeitweilige Ankern könnte aber ermöglicht werden.

Angesichts des Vorherrschaftsstrebens der USA in der asiatisch-pazifischen Region und der offen feindseligen Einkreisungspolitik gegenüber China sind die Reden von Friedenssicherung, Vertrauen, Souveränität und Unabhängigkeit mit Vorsicht zu genießen. Hanoi dürfte seine Position gegenüber China im Streit um die Parcel- und Spratley-Inseln pragmatisch stärken wollen, sich aber nicht in eine militärische Konfrontation gegen die Volksrepublik hineinziehen lassen. In diesem Kontext halten sich in Hanoi hartnäckig Gerüchte, dass Präsident Tran Dai Quang vor Obamas Besuch den chinesischen Botschafter Hong Xiaoyong empfangen habe. Vermerkt wird auch, dass Peking gelassen reagierte und über die Nachrichtenagentur *Xinhua* sogar begrüßte, dass Vietnam seine Beziehungen zu »den Vereinigten Staaten verbessert«. Die Warnung, diese Annäherung sollte nicht missbraucht werden, »um die strategischen Interessen eines Drittlandes zu gefährden oder sogar zu schädigen«, richtete sich gegen die USA.